

**Zum Dank ein Frühstück** Benevol Schaffhausen sagt über 300 Freiwilligen Merci für ihre Arbeit.

Stadt Schaffhausen Seite 17

**Eine klare Steigerung** Der VC Kanti hat gegen Köniz (2:3) gut gekämpft und immerhin einen Punkt geholt.

Sport Seite 23

**Schlagfertig Bänz Friedli** bricht in seinem Programm «Gömmar Starbucks?» eine Lanze für die Jugend.

Agenda Seite 7



# Schaffhauser Nachrichten

SEIT 1861

## Inland

### Schutzklausel, aber befristet

**BERN** FDP-Präsident Philipp Müller hat eine neue Version zur Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative ins Spiel gebracht: Falls die Schweiz eine Schutzklausel ohne Zustimmung der EU einführen würde, so sollte diese auf fünf Jahre befristet sein. Das würde signalisieren, dass die Schweiz an den Bilateralen festhalten wolle.

Seite 6

## Sport

### Lindsey Vonn holt drei Siege

**LAKE LOUISE** Dass die Pisten im kanadischen Lake Louise (Alberta) zu ihren allerliebsten gehören, hat der US-Skistar Lindsey Vonn an diesem Wochenende wieder eindrücklich unterstrichen: Nach zwei Siegen in den Abfahrten gewann Vonn auch noch den Super-G vom Sonntag. Lara Gut landete als beste Schweizerin auf dem 7. Platz.

Seite 25

## Ausland

### Ein US-Stützpunkt in Syrien

**RUMEILAN** Nach Russland richten auch die USA einen Luftwaffenstützpunkt in Syrien ein. Derzeit wird dafür ein Flugfeld bei der Stadt Rumeilan ausgebaut. Die USA wollen über den Stützpunkt offenbar Elitesoldaten und militärisches Gerät zur Unterstützung der Kurden ins Land bringen, was wiederum der Türkei missfällt.

Seite 5

## Gsaat isch gsaat

«Da ist nichts dran. Ich bin nie angekommen worden.»

Rosmarie Widmer Gysel, Schaffhauser Regierungsrätin, zu den Bundesratsgerüchten.

ANZEIGE



## Bundesrat: Widmer Gysel nicht zu Spielchen bereit

**Als Sprengkandidatin** soll Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel laut Sonntagspresse lanciert werden. Sie weist diese Pläne zurück.

VON ZENO GEISSELER

**SCHAFFHAUSEN** Wenn am Mittwoch das Parlament in Bern einen neuen Bundesrat wählt, ist offiziell kein Schaffhauser in der engeren Auswahl. Die SVP hat die beiden Schaffhauser Anwärter, Ständerat Hannes Germann und Nationalrat Thomas Hurter, nicht

nominiert, das Parlament soll bloss aus dem offiziellen SVP-Dreiervorschlag auswählen können, also zwischen Thomas Aeschi (ZG), Norman Gobbi (TI) und Guy Parmelin (VD).

### Hurter schweigt

Völlig ausgeschlossen, dass ein Schaffhauser – oder gar eine Schaffhauserin – gewählt wird, scheint es aber nicht. Die «SonntagsZeitung» berichtete gestern, dass Thomas Hurter bei Mitte-links-Politikern als möglicher Sprengkandidat gehandelt werde. Hurter selbst wollte zu dieser Frage gestern keine Stellung nehmen. Auch Germann gilt für Mitte-Links als wählbar, er selbst hat allerdings bereits am Frei-

tag in einem Interview mit den SN deutlich gemacht, dass er eine solche Wahl nicht annehmen würde.

Gestern ist noch ein dritter Schaffhauser Name aufgetaucht: Auch SVP-Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel sei als Sprengkandidatin im Gespräch, meldete die «NZZ am Sonntag» prominent auf ihrer Frontseite. Gegenüber den SN stellte die Regierungsrätin gestern aber klar, dass sie erstens von niemandem kontaktiert worden sei und dass sie zweitens für solche Pläne nicht zur Verfügung stehe. «Ich bin der Meinung, dass eine Person gewählt werden muss, hinter der die Partei stehen kann», sagte sie.

Mehr auf Seite 6

## Unterstadt Samichläuse fahren auf weihnachtlichen Harleys vor



**Auch der** Samichlaus geht mit der Zeit. Während früher der Esel als alleiniges Transportmittel für Fitzen und Mandarinen diente, haben sich diese Chläuse auf dem Bild PS-mässig aufgemöbelt und sind mit fünf Harley-Davidsons am Sonntag in der Unterstadt eingefahren. Passend zum Chlausmarkt, der von zahlreichen Schaffhausern zum sonntäglichen Flanieren

genutzt wurde, haben sie ihre Maschinen auch gleich weihnachtlich geschmückt. Der gleichzeitig durchgeführte erste Sonntagsverkauf stiess auf reges Interesse und hat den Kindern wie auch den Erwachsenen Einblick in die neuen Trends für die Weihnachtsbescherung ermöglicht.

Mehr auf Seite 15

Bild Christoph Merki

## Challenge League

### FCS: Nur ein Remis gegen Wohlen

**SCHAFFHAUSEN** Im letzten Spiel des Jahres kam der FC Schaffhausen gegen den Tabellennachbarn Wohlen nicht über ein 1:1 hinaus. Es war das erste Remis in dieser Saison und in doppelter Hinsicht ärgerlich. Einerseits konnte man sich nicht vom Tabellenende absetzen, andererseits verlor man Topskorer Igor Tadic durch Verletzung. Wie schwer diese ist, wird heute untersucht. (dfk)

Mehr auf Seite 22

## Front National klar vorn

**PARIS** Drei Wochen nach den Terroranschlägen in Frankreich hat der rechtsextreme Front National (FN) bei den Regionalwahlen einen klaren Sieg eingefahren. Die Partei Marine Le Pens holte gestern laut Hochrechnungen bis Redaktionsschluss zwischen 29,5 und 30,8 Prozent. Auf dem zweiten Platz landete demnach das von den Republikanern von Ex-Präsident Nicolas Sarkozy angeführte bürgerliche Parteienbündnis mit gut 27 Prozent. Die regierenden Sozialisten von Präsident François Hollande kommen zusammen mit einer linken Partei landesweit auf rund

23 Prozent. Die Regionalwahlen sind die letzte landesweite Entscheidung vor der Präsidentschaftswahl 2017. Den Prognosen zufolge landete der FN in 6 der 13 französischen Regionen auf dem ersten Platz. Stärkste Kraft wurde der FN etwa in Nord-Pas-de-Calais-Picardie, wo Parteichefin Le Pen antrat, und in der südfranzösischen Region Provence-Alpes-Côte d'Azur, wo ihre 25-jährige Nichte Marion Maréchal-Le Pen die FN-Liste anführt. Die zweite Wahlrunde findet am kommenden Sonntag statt. (sda)

Kommentar oben rechts, mehr auf Seite 2

## Kommentar

### Frankreich im Griff des Front National

STEFAN BRÄNDLE

**M**arine Le Pen setzt ihren Siegeszug fort. Im ersten Durchgang der Regionalwahlen hat ihr rechtsradikaler Front National (FN) rund 29 Prozent der Stimmen erzielt – mehr als doppelt so viel wie 2010.

Nach den Terroranschlägen von Paris und der Flüchtlingswelle in Europa erstaunt das niemanden mehr. Die Ursachen für den FN-Vormarsch liegen allerdings viel weiter zurück. Le Pen profitiert von der Schwäche ihrer Rivalen Nicolas Sarkozy und François Hollande, die zwar alles daransetzten, ins Élysée gewählt zu werden, aber einmal dort angelangt die dringendsten Reformen auf die lange Bank geschoben haben. Deshalb ächzt Frankreich weiterhin unter einer ständig wachsenden Schulden- und Steuerlast, welche die Wirtschaft abwürgt und mehr als fünf Millionen Arbeitslose produziert.

Von all dem profitiert der Front National, dieses Symptom für das «mal français», das französische Leiden. Frust- und Protestwähler laufen in Scharen von den etablierten Parteien zu einer Populistin über, deren Hauptprogramm darin besteht, die Schuldigen ausserhalb der Landesgrenzen zu orten: «Die Ausländer» und die EU sind willkommene Sündenböcke für die vorwiegend hausgemachten Probleme Frankreichs.

Noch ist Marine Le Pen nicht im Élysée. Wahlarithmetisch hat sie geringe Chancen, bei den Präsidentschaftswahlen von 2017 eine absolute Mehrheit zu erzielen. Aber auszuschliessen ist es seit diesen Regionalwahlen nicht mehr. Dass ein von Populisten regiertes Frankreich zumindest denkbar wird, spricht Bände über die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise einer Nation, die sich einst als progressive Vorreiterin der Zivilisation sah.

ANZEIGE

**Morgen Tagesmenü Nr. 3, Fr. 18.50**

Spiedini di Tacchino alla Messicana (Trutenfleisch-Spiessli an rezenten Mais-Rotwein-Sauce), mit Gemüse und Kartoffelgratin, inkl. Salat und Dessert.

Angebot gültig von 11.00 bis 23.00 Uhr  
**Durchgehend warme Küche**

RISTORANTE · PIZZERIA

**ROMANA**

Unterstadt 18/20, 8200 Schaffhausen  
Tel. 052 624 44 89, www.romana-schaffhausen.ch



# Spekulationen um Widmer Gysel

**Bei den Bunderatswahlen** wird ein dritter Schaffhauser Name ins Spiel gebracht: Rosmarie Widmer Gysel soll laut «NZZ am Sonntag» als Sprengkandidatin im Gespräch sein. «Unsinn», sagt sie selbst.

VON ZENO GEISSELER

**SCHAFFHAUSEN** Bekommt der Kanton Schaffhausen am Mittwoch seinen ersten Bundesrat – oder gar seine erste Bundesrätin? Glaubt man der Sonntagspresse, ist dies durchaus eine Möglichkeit. Zwar sind die beiden offiziellen Kandidaten der Schaffhauser SVP-Sektion, Ständerat Hannes Germann und Nationalrat Thomas Hurter, in der parteiinternen Selektion schon früh ausgeschieden. Stattdessen geht die SVP-Fraktion mit dem Dreieivorschlag Thomas Aeschi (ZG), Norman Gobbi (TD) und Guy Parmelin (VD) ins Rennen.

## Hurter schweigt

Doch laut «SonntagsZeitung» ist eine Gruppe aus Mitte- und Linksparlamentariern, die mit dem offiziellen SVP-Dreieivorschlag unzufrieden ist, auf der Suche nach einem Sprengkandidaten. Als Kandidaten im Fokus stehen SVPl'er, die als mögliche Bundesräte im Gespräch waren, aber nicht in die Schlusssauswahl kamen. Ganz oben auf der Liste steht laut dem Bericht Nationalrat Hurter. Ihm würden es die Strippenzieher am ehesten zutrauen, dem Druck zu widerstehen, eine Wahl abzulehnen, schreibt die «SonntagsZeitung». Auch Ständerat Germann wird gemäss dem Bericht als möglicher vierter Mann ins Spiel gebracht.

Germann hatte allerdings bereits am Freitag im Interview mit den «Schaffhauser Nachrichten» klarge-



«Ich bin nie angegangen worden»: Rosmarie Widmer Gysel, Schaffhauser SVP-Regierungsrätin, die als mögliche Sprengkandidatin für die Bundesratswahlen genannt worden ist.

Bild Selwyn Hoffmann

macht, dass er für solche Manöver nicht zur Verfügung stehe. «Ich möchte nicht als Sprengkandidat verheizt werden», sagte er. Gar nicht mehr zu den

Bundesratswahlen äussern mag sich Hurter. Er wolle zu diesem Thema gegenüber den Medien keine Stellung nehmen, sagte er gestern gegenüber den SN. Der Schaffhauser SVP-Parteipräsident Pentti Aellig geht indes nicht davon aus, dass Hurter oder Germann Bundesrat werden: «Die SVP Schaffhausen rechnet nicht mit dieser Variante. Beide haben ge-

sagt, dass sie eine Wahl nicht annehmen würden.»

## Oberst Widmer Gysel

Neben Hurter und Germann wurde gestern noch ein dritter Schaffhauser

Name ins Spiel gebracht: Die «NZZ am Sonntag» berichtete auf ihrer Frontseite, dass SVP-Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel «an verschiedenen Anlässen in Bern» als mögliche Sprengkandidatin genannt worden sei. Die Finanzdirektorin habe Managementenerfahrung und sei im Militär Oberst gewesen. Vor allem aber sei sie sehr unabhängig von ihrer Partei, was sie speziell für Linke wählbar mache.

## «Da ist nichts dran»

Widmer Gysel steht allerdings gar nicht als Kandidatin zur Verfügung: «Da ist nichts dran. Ich bin nie angegangen worden. Es handelt sich um übliche Spiele vor den Bundesratswahlen, dass man irgendwelche Namen in die Runde wirft», sagte sie gestern auf Anfrage der SN. Sie machte deutlich, dass sie auch nicht gewillt sei, eine Wahl anzunehmen: «Ich bin der Meinung, dass eine Person gewählt werden muss, hinter der die Partei stehen kann. Denn nur so wird die SVP auch in die Verant-

wortung genommen. Sonst haben wir wieder eine Situation wie früher mit dem «halben Bundesrat» Samuel Schmid oder gar eine Wiederholung des Falls Eveline Widmer-Schlumpf.»

Der Schaffhauser SVP-Präsident sagt zu den Spekulationen um seine Regierungsrätin: «Rosmarie Widmer Gysel würde so eine Aktion nie mitmachen.»

## Automatischer Rauswurf

Die SVP hatte im Vorfeld der Kandidatensuche deutlich gemacht, dass jedes nicht von ihr nominierte Parteimitglied, das eine Wahl in die Landesregierung annehme, sofort aus der Partei ausgeschlossen werde. SVP-Parteichef Toni Brunner wiederholte diese Aussage gestern im Interview mit der «SonntagsZeitung»: «Wählt das Parlament jemanden aus unseren Reihen, der nicht auf dem Ticket steht – und diese Person nimmt die Wahl an –, ist sie automatisch nicht mehr Mitglied der SVP.»

«Es handelt sich um übliche Spiele vor den Bundesratswahlen, dass man irgendwelche Namen in die Runde wirft.»

Rosmarie Widmer Gysel  
Schaffhauser Regierungsrätin

## No-Billag-Initiative kommt vors Volk

**BERN** Lange hat es mit der Unterschriftensammlung geharzt. Doch jetzt ist die No-Billag-Initiative am Ziel. Nächsten Freitag, pünktlich zum Ablauf der Sammelfrist, werden die Initianten mehr als 100'000 beglaubigte Unterschriften bei der Bundeskanzlei deponieren. Die Initianten, die vornehmlich aus dem Umfeld der jungen SVP und der Jungfreisinnigen stammen, wollen die Radio- und Fernsehgebühren von jährlich rund 450 Franken abschaffen. «Eine mit Zwang eingetriebene Billag-Gebühr zur Finanzierung einer Radio- und Fernsehgesellschaft ist mit keinerlei Argumenten zu rechtfertigen», sagt Olivier Kessler, Co-Präsident der Initiative und Chefredaktor der rechtsgerichteten Zeitung «Schweizerzeit».

Naturgemäss etwas anders sieht dies SRG-Generaldirektor Roger de Weck, der die SRG immer wieder als Instrument des nationalen Zusammenhalts preist. «Diese Initiative müsste «No-SRG» heissen», sagte Roger de Weck am Samstag in einem Interview mit der Zeitung «Le Temps». Das Volksbegehren wische die eidgenössische Solidarität weg. Er werde die Initiative auf jeden Fall bekämpfen. SVP-Nationalrat Lukas Reimann, Mitglied des Initiativkomitees, kontert. «Wir wollen die SRG nicht abschaffen, sie soll sich aber selber finanzieren.» Es existierten genügend andere Instrumente, um die Medienvielfalt in den verschiedenen Sprachregionen zu fördern. (kã)

## Eine Schutzklausel auf Zeit

**FDP-Präsident Müller bringt neuen Vorschlag zur Umsetzung der Zuwanderungs-Initiative.**

**BERN** Zur Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative bringt FDP-Präsident Philipp Müller einen neuen Vorschlag ins Spiel: Falls die Schweiz eine Schutzklausel ohne Zustimmung der EU einführen würde, sollte diese auf fünf Jahre befristet sein. «Mit einer Befristung würden wir der EU signalisieren, dass wir an den Bilateralen festhalten wollen», sagt Müller im Interview mit der «NZZ am Sonntag». Gleichzeitig gewänne die Schweiz dadurch Zeit für Reformen, mit denen sich die Zuwanderung drosseln liesse, ohne die Personenfreizügigkeit im Kern zu verletzen. Würde sich die Zuwanderung innert fünf Jahren spürbar reduzieren, solle das entsprechende Gesetz auslaufen, schlägt Müller vor. «Haben wir unsere Ziele nicht erreicht, kann das Parlament seine Gültigkeit verlängern.»

Der FDP-Präsident geht davon aus, dass die Schweiz eine Schutzklausel ohne Einverständnis der EU einführen muss. «Da die EU bis heute keine Anstalten zur Aufnahme von Verhandlungen macht, bleibt wohl letztlich nur die einseitige Einführung einer Schutzklausel, um dem Volkswillen gerecht zu werden.»

## Blocher für einseitige Umsetzung

SVP-Chefstrategie Christoph Blocher spricht sich explizit für die Einfüh-

rung einer Schutzklausel ohne Einverständnis der EU aus. «Die einseitige Umsetzung ist die beste Lösung», wird er in der «SonntagsZeitung» zitiert.

SVP-Präsident Toni Brunner kritisiert, der Bundesrat bleibe mit seinem am Freitag vorgelegten Vorschlag nach wie vor sehr vage. Konkrete Zahlen, wie stark die Zuwanderung gesenkt werden soll, nennt allerdings auch die SVP nicht. Brunner sagte im Interview mit dem «SonntagsBlick», er könnte sich «zum Beispiel die durchschnittliche Zuwanderung in alle EU-Staaten, bezogen auf die dort bereits ansässige Wohnbevölkerung, als Referenzwert vorstellen». Die Schweiz müsste «Instrumente zum Handeln bekommen, wenn wir viel höher liegen.»

Offen bleibt, wie die EU auf eine einseitig eingeführte Schutzklausel reagieren würde. Während sich die EU-Kommission bisher bedeckt hielt, fand der Präsident des Auswärtigen Ausschusses des EU-Parlaments, Elmar Brok, klare Worte für das Vorgehen des Bundesrats. «Das ist eine Drohung eines Rechtsbruchs», sagte Brok am Samstag gegenüber Radio SRF. «Man sollte Verhandlungen nicht mit einer Drohung beginnen», rügte er.

## «Schmerzhaftes Nadelstiche»

FDP-Präsident Müller befürchtet als Reaktion Brüssels auf ein einseitiges

Handeln der Schweiz grosse Rechtsunsicherheit und «viele schmerzhaftes Nadelstiche durch Brüsseler Bürokraten». Die EU-Kommission könnte einzelne Abkommen sistieren, etwa jenes über die technischen Handelshemmnisse. Das würde zu einem «gewaltigen Wettbewerbsnachteil» führen, warnte Müller.

## Ein Spiel auf Zeit

Die Europarechtlerin Christa Tobler geht ebenfalls davon aus, dass die Schweiz mit einer Reaktion der EU rechnen müsste. Wenn die Schweiz die Schutzklausel unilateral einführen würde, «so läge ein bewusster Vertragsbruch vor», sagte Tobler am Samstag im Interview mit den Zeitungen «Tages-Anzeiger» und «Bund». Neue Markt Zugangsabkommen wären dann gemäss Tobler «wohl illusorisch», die Bilateralen hingegen nicht unmittelbar gefährdet. Denn mit der blossen Ankündigung einer einseitigen Schutzklausel werde das Freizügigkeitsabkommen nicht verletzt, sondern erst dann, wenn eine konkrete Beschränkung in Kraft wäre, die einem EU-Bürger die Anstellung in der Schweiz verunmögliche.

Bis ein konkreter Diskriminierungsfall vorliege, könnten noch gut einige Jahre vergehen, sagte Tobler. «Es ist ein Spiel auf Zeit.» (sda)

## Sicherheitsprüfung

### 1200 angehende Rekruten blieben hängen

**BERN** Rund 1200 angehende Rekruten sind vergangenes Jahr durch die Sicherheitsprüfung der Schweizer Armee gefallen. Sie wurden als Sicherheitsrisiko eingestuft und noch vor der Rekrutenschule aus der Armee ausgeschlossen. Seit Sommer 2011 werden alle angehenden Rekruten einer Sicherheitsprüfung unterzogen. Vergangenes Jahr fielen dabei 1213 Stellungspflichtige durch. Armeesprecher Christoph Brunner bestätigte auf Anfrage eine entsprechende Meldung der «Schweiz am Sonntag». 2013 waren 965 Personen beim Sicherheitscheck hängengeblieben.

## Einschätzung zu Gewaltpotenzial

Die Armee beurteilt bei der Sicherheitsprüfung das Gewaltpotenzial von Stellungspflichtigen. Mit der Massnahme soll gewährleistet werden, dass Personen, die eine mögliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen, keine militärische Ausbildung und damit auch keine persönliche Waffe erhalten.

Auslöser für die Einführung von flächendeckenden Prüfungen aller Stellungspflichtigen war unter anderem die Tat eines Soldaten in Zürich-Höngg. Dieser hatte Ende 2007 mit dem Sturmgewehr eine ihm unbekannt 16 Jahre junge Frau erschossen, die auf den Ortsbus wartete.

## Keine grösseren Vorkommnisse

Die Fachstelle Extremismus in der Armee, die zentrale Anlauf- und Koordinationsstelle gegen jegliche Form von Extremismus in der Armee, hat im vergangenen Jahr zudem 41 Dossiers bearbeitet, wie sie bereits im April mitgeteilt hatte. Vorkommnisse grösseren Ausmasses blieben aber aus. Meistens ging es um Einzelfälle mit Hinweis auf Rechtsextremismus.

Vier Fälle wurden mit Verdacht auf islamistisch oder dschihadistisch motivierten Aktivismus bearbeitet. Die gemeldeten Fälle wiesen jedoch keine strafrechtliche Relevanz auf, wie Brunner gestern mitteilte. Es sei vor allem um Hinweise auf mögliche Radikalisierung, jedoch nicht auf Gewalttaten gegangen. (sda)

## 36/SP gegen Gesetz für Nachrichtendienst

**ST. GALLEN** Die SP Schweiz will keine verstärkte Überwachung durch den Nachrichtendienst. Die Delegierten unterstützten in St. Gallen das Referendum gegen das Nachrichtendienstgesetz. Parteipräsident Christian Levrat warnte vor «sicherheitspolitischen Exzessen». Die Terroranschläge von Paris dürften nicht dazu verwendet werden, um im Nachhinein eine Verschärfung der Überwachung zu rechtfertigen, sagte Levrat am Samstag vor rund 180 Delegierten in der St. Galler Lokremise. Der SP-Präsident warnte vor Kriegshetze und sagte: «Wir können nicht zwischen Sicherheit und Freiheit wählen, wir müssen das eine wie das andere verteidigen.» Mit 106 zu 62 Stimmen sprachen sich die Delegierten dafür aus, das Referendum gegen das Nachrichtengesetz des Bundes (NDG) zu unterstützen. Sie stellten sich damit hinter die Jungsozialisten und das Bündnis «Nein zum Schnüffelstaat», die das Referendum ergriffen hatten.

Eine Minderheit um den Zürcher Ständerat Daniel Jositsch und die Thurgauer Nationalrätin Edith Graf-Litscher machte sich erfolglos für das NDG stark, das dem Nachrichtendienst des Bundes erlaubt, bei konkreter Gefährdung Telefone zu überwachen, Räume zu verwanzen und in Computersysteme einzudringen. «Ein besse-